



# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---

Kreisausschuss

## Niederschrift

über die 24. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses  
am 20.08.2012 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am  
Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### Landrat und Vorsitzender des Kreisausschusses

Herr Peer Giesecke

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlev von der Heide

Herr Bernd Habermann

Herr Fritz Lindner

Frau Ria von Schrötter

Frau Heide Igel

Frau Dr. Irene Pacholik

Herr Dirk Hohlfeld

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Danny Eichelbaum

Herr Michael Wolny

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Herr Michael Baumecker

Herr Felix Thier

bis 17.50 Uhr (TOP 7)

Vertretung für Frau Kornelia Wehlan

#### Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Herr Holger Lademann

Herr Detlef Gärtner

Herr Dieter Albrecht

Herr Horst Bührendt

Erste Beigeordnete und Dezernentin II

Beigeordneter und Dezernent III

Beigeordneter und Dezernent VI

Dezernent I

Dezernent V

### Entschuldigt fehlten:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Kornelia Wehlan

Herr Andreas Noack

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Mitteilungen des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 4. Juni 2012
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Landkreis Teltow-Fläming 4-1287/12-III
- 6 Außerplanmäßige Auszahlung der Stammeinlage zur Gründung einer kreiseigenen Rettungsdienst GmbH 4-1292/12-III
- 7 Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming 2013 4-1277/12-KT

### **Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Anfragen der Abgeordneten
- 9 Information des Landrates zum aktuellen Stand der Immobilienverkäufe der SWFG mbH
- 10 Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für den Eigenbetrieb Rettungsdienst im Wirtschaftsjahr 2012 4-1293/12-III

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

##### **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Kreisausschusses, Herr Landrat Giesecke, begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

#### **TOP 2**

##### **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr Landrat Giesecke verweist auf den Beschluss im letzten Kreisausschuss zu den Immobilienankäufen von der SWFG und informiert, dass aufgrund von Hinweisen aus der Verwaltung derzeit geprüft wird, ob die Finanzierung aus Sparkassenmitteln, die als Deckungsquelle vorgesehen waren, möglich ist. Aus diesem Grund wurden die Immobilien vorerst aus Restmitteln des Straßenbaus Dornswalde-Baruth als Zwischenlösung finanziert.

In Vorbereitung ist ein Schreiben an die Sparkassenaufsicht im Ministerium der Finanzen mit der Bitte um Prüfung. Sollte die Finanzierung aus Sparkassenmitteln nicht möglich sein, wird ein Beschluss im nächsten Kreistag notwendig werden, da es sich um eine überplanmäßige Ausgabe handelt.

Herr Landrat Giesecke informiert, dass im Landkreis Teltow-Fläming der Mellensee und der Krumme See in Sperenberg vom Land an die Kommune übertragen werden sollen. In der Verwaltung wurde die Frage diskutiert, welche Folgen entstehen, wenn die Gemeinde Am Mellensee die Seen nicht übernimmt. Eine Nachfrage beim Bürgermeister hat ergeben, dass der Krumme See übernommen werden soll. Beim Mellensee bestehen noch Bedenken, da dieser ein Gewässer 1. Ordnung ist und demzufolge nach Meinung des Bürgermeisters zum Land gehört. Herr Landrat Giesecke führt aus, dass der Mellensee, der für die Gemeinde ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Bereich des Tourismus und der Fischereiwirtschaft ist, unbedingt kommunales Eigentum der Gemeinde sein sollte.

### **TOP 3**

#### **Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 4. Juni 2012**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als bestätigt.

### **TOP 4**

#### **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Abg. Habermann verweist auf die Diskussion zur Umstufung von Straßen im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung. Er fragt, welche Möglichkeit der Einflussnahme der Landkreis auf das Land hat, um die Osdorfer Straße entsprechend ihrer Bedeutung in eine Landes- bzw. Bundesstraße hochzustufen.

Herr Landrat Giesecke teilt mit, dass er bereits mehrfach Gespräche mit dem Minister dazu geführt hat. Das Land sträubt sich gegen die Umstufung. Als Begründung wird angeführt, dass es sich ab Landesgrenze Berlin um eine Gemeindestraße handelt. Bei einer Umstufung zu einer Landesstraße müsste das Land Berlin involviert werden, was problematisch ist.

Herr Abg. Wolny merkt an, dass sich ihm das Argument für die Ablehnung nicht erschließt. In Berlin gibt es nur Bundes- und Landesstraßen. Das Problem sollte seiner Meinung nochmals mit der Bezirksverwaltung Berlin erörtert werden.

Herr Beigeordneter Gärtner weist darauf hin, dass diese Straße auch im Dialogforum eine große Rolle spielt, da sich mit Eröffnung des Flughafens die Verkehrsströme erheblich verlagern werden. Der Vorschlag, nochmals mit der Bezirksverwaltung Berlin zu reden, sollte aufgegriffen werden.

Herr Landrat Giesecke merkt abschließend an, dass die Frage bei Gesprächen mit dem Land weiter thematisiert werden wird.

Frau Abg. Igel macht auf menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in einer Firma aufmerksam und fragt nach, ob der Landkreis darauf Einfluss nehmen kann.

Herr Landrat Giesecke sichert zu, mit Hilfe der Gewerbeaufsicht bzw. des Gesundheitsamtes diesem Hinweis nachzugehen.

Herr Abg. Akuloff informiert, dass die Logistik- und Projektbetreuungs GmbH die Frage nach der Perspektive des Verkehrslandeplatzes Schönhagen gestellt hat. Indirekt ist damit die Frage verbunden, ob sich - angesichts des differenzierten Meinungsbildes in den Fraktionen - eine geplante Investition von über 5 Mio. € lohnt. Er fragt, wie künftig mit diesem Anliegen umgegangen werden soll und beantragt, das Problem auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Kreisausschusses zu nehmen.

Herr Landrat Giesecke verweist darauf, dass dieses Thema zuerst im Wirtschaftsausschuss und im HFA diskutiert werden sollte. Insbesondere muss die Diskussion dahingehend geführt werden, wie in den nächsten Jahren der Zuschussbedarf für Schönhagen gesenkt werden kann. Entsprechende Konzepte dafür liegen vor, die im Ausschuss für Wirtschaft vorgestellt werden sollten. Der Ausschuss sollte dann eine entsprechende Empfehlung an den Kreistag geben.

## **TOP 5**

### **Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Landkreis Teltow-Fläming**

**( 4-1287/12-III )**

(Auf den Tischen liegen Austauschblätter zur Vorlage.)

Herr Landrat Giesecke informiert, dass der HFA bei 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen die Annahme der Vorlage empfohlen hat.

Herr Abg. Eichelbaum führt aus, dass die bisher vorliegenden Daten und Zahlen zur Kommunalisierung nicht ausreichend für eine Entscheidung sind. Untersuchungen in anderen Landkreisen haben z.B. gezeigt, dass nur ein Landkreis die Rettungssanitäter nach Tarif bezahlt.

Die CDU-Fraktion beantragt aus diesem Grund eine Anhörung von Sachverständigen im Haushalts- und Finanzausschuss, um die Vor- und Nachteile abzuwägen.

Herr Landrat Giesecke macht auf die Zeitschiene aufmerksam, um zum 1. Januar 2013 den Rettungsdienst übernehmen zu können. Er informiert über die von ihm geführten Gespräche mit allen drei Trägern, die konstruktiv verlaufen sind. Er macht nochmals darauf aufmerksam, dass der Kreishaushalt durch die Kommunalisierung des Rettungsdienstes nicht belastet wird. Die Abrechnung für den Rettungsdienst erfolgt nach wie vor über den Eigenbetrieb Rettungsdienst. Deshalb ändert sich in den Finanzströmen dadurch nichts.

Herr Dübe, Leiter des Ordnungsamtes, führt aus, dass mit der Kommunalisierung 139 Menschen eine sichere Perspektive geboten wird. Es liegt ein entsprechendes Konzept vor, um diese Zielstellung zu erreichen.

Frau Abg. von Schrötter fragt Herrn Eichelbaum, wo die konkreten Bedenken sind, die die CDU-Fraktion sieht.

Herr Abg. Eichelbaum merkt an, dass bisher nur Informationen der Verwaltung vorliegen. Deshalb sollten auch Expertenmeinungen gehört werden. Er fragt, ob z.B. für die nächsten Jahre eine Tarifbindung für die beschäftigten Rettungssanitäter garantiert wird, ob die Krankenkassen diese Kosten bezahlen oder ob der Landkreis die Differenz für die höheren Personalkosten tragen muss.

Herr Landrat Giesecke erläutert, dass die durch den Kreistag jährlich zu beschließende Gebührensatzung das Ergebnis der Verhandlungen mit den Krankenkassen ist, wozu die Personalkosten gehören. Unstrittig ist, dass vorerst ein Betriebsübergang nach 613 a BGB erfolgt. Danach wird die Frage der Personalkosten Teil der Verhandlungen mit den Kassen sein. Er informiert, dass der Landkreis Oder-Spree mit den Krankenkassen die Vereinbarung getroffen hat, innerhalb von drei Jahren den TVÖD anzuwenden.

Herr Abg. von der Heide verweist darauf, dass bei jeder kommunalen Gesellschaft auch die Frage der Wirtschaftlichkeit im Vordergrund stehen muss. Er fragt, warum in der zu gründenden GmbH kein Aufsichtsrat vorgesehen ist, wie sich die Gesellschaftsversammlung zusammensetzt und welche Kontrollmöglichkeiten die Abgeordneten haben.

Herr Dübe führt aus, dass der Gesellschaftsvertrag in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsprüfern und Wirtschaftsjuristen entstanden ist sowie mit der Kommunalaufsicht beim Innenministerium diskutiert wurde. Einigkeit bestand darin, dass es eine straffe Organisation und effizientes Wirtschaften geben soll. Die Frage war, was der Aufsichtsrat angesichts des klar gesteckten Ziels und der begrenzten Anzahl von Angehörigen im Rettungsdienst beschließen und kontrollieren will. Er informiert, dass der Landkreis für den Eigenbetrieb und für die GmbH als 100%iger Gesellschafter haften wird. Die Beteiligung der Abgeordneten ist klar geregelt. Der Eigenbetrieb Rettungsdienst bleibt bestehen, es gibt den Werkleiter und den zuständigen Kreisausschuss, der entsprechend der Satzung zu informieren ist und vor dem zweimal im Jahr Rechenschaft abgelegt werden muss.

Herr Abg. Habermann fragt, wer die Höhe des Stammkapitals in Höhe von 200.000 € festgelegt hat. Seiner Meinung nach wäre es besser, wenn das Stammkapital in der vorgeschriebenen Mindesthöhe von 25.000 € festgesetzt werden würde und der verbleibende Rest in das Umlaufvermögen der GmbH geht.

Herr Dübe macht deutlich, dass die Höhe der Stammeinlage auf Empfehlung des Wirtschaftsprüfers entsprechend der Höhe des Umsatzes der Gesellschaft festgelegt wurde. Er führt aus, dass das Stammkapital der Gesellschaft nicht entzogen ist und damit auch gearbeitet werden kann.

**Herr Abg. Eichelbaum beantragt für die CDU-Fraktion**, dass der Haushalts- und Finanzausschuss eine Expertenanhörung zum Thema „Vor- und Nachteile der Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Landkreis Teltow-Fläming“ durchführt und die Fraktionen dafür jeweils einen Sachverständigen benennen.

**Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei 3 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.**

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag bei 11 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung, die Vorlage 4-1287/12-III zu beschließen.**

## **TOP 6**

**Außerplanmäßige Auszahlung der Stammeinlage zur Gründung einer kreiseigenen Rettungsdienst GmbH ( 4-1292/12-III )**

Herr Abg. von der Heide verweist auf die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes (RPA), aus der hervorgeht, dass in der Finanzierung etwas unklar ist. Er fragt, ob die Vorlage den Bedenken des RPA Rechnung trägt.

Herr Dübe stellt dar, dass die Vorlage mit der Feststellung des RPA nichts zu tun hat. Das RPA spricht von einem Problem der Anschubfinanzierung. Dies konnte im Gespräch mit dem RPA ausgeräumt werden, da es dieses Problem nicht gibt. Der Eigenbetrieb wird zukünftig die Betriebsmittel an die GmbH ausreichen und nicht wie bisher an die drei Hilfsorganisationen.

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag bei 10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, die Vorlage 4-1292/12-III zu beschließen.**

## **TOP 7**

### **Neujahrsempfang des Landkreises Teltow-Fläming 2013 ( 4-1277/12-KT )**

Herr Landrat Giesecke erläutert, dass beim Neujahrsempfang der Schwerpunkt auf das Thema Familie und Leben im Landkreis gelegt werden soll.

#### **Der Kreisausschuss beschließt:**

Der Neujahrsempfang 2013 wird zum Thema „Teltow-Fläming – ein Ort mit Zukunft“ durchgeführt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Herr Landrat Giesecke stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.**

(Herr Abg. Eichelbaum verlässt die Sitzung.)

## **Nichtöffentlicher Teil**

Luckenwalde, 27. August 2012

Peer Giesecke  
Vorsitzender des Kreisausschusses

